

Kulturelle und politische Hintergründe der heutigen Situation im Iran und die machtpolitischen Gründe für den angedrohten Krieg

Erweiterter Vortrag Lilly Merz Raff und Diethelm Raff, 28. November 2006 Tageszentrum
Miteinander Füreinander, Meilen

Sehr geehrte Damen und Herren

Das heutige Thema ist eine grosse Herausforderung an uns alle. Zum einen ist es schwer, die seit 2001 aufgebaute Propaganda für Kriege auch gegen den Iran genau zu durchschauen. Zum zweiten ist es schwer, wegen der starken Repressionen im Iran mit täglicher Bedrohung und Tausenden von Gefolterten und Liquidierten in den letzten 17 Jahren zu erkennen, wie die Bevölkerung allgemein denkt und noch weniger, wie sie fühlt. Zum dritten ist es grundsätzlich eine grosse Herausforderung, sich in eine andere Kultur hineinzudenken. Zum vierten steht Iran seit Jahrzehnten im Fadenkreuz geostrategischer Machtpolitik mit der entsprechenden Einflussnahme auf die Politik und die Kultur. Nehmen wir uns also ruhig Zeit, stellen wir uns viele Fragen und beantworten wir die Fragen nicht zu schnell. Wir werden heute sicher nicht alle Aspekte ausleuchten können, aber wir versuchen, die Situation genauer zu verstehen. Unser Anliegen ist es als Psychologen, die Menschen besser zu verstehen, die in den verschiedenen Ländern und Kulturen leben und auch hier bei uns anzutreffen sind, indem wir ihren kulturellen und politischen Hintergrund kennen und verstehen. Zudem wollen wir durch ein besseres Verständnis Möglichkeiten zum Völkerfrieden aufzuzeigen versuchen.

Zuerst wollen wir einige Sätze zur allgemeinen Haltung dem Islam oder auch der arabischen und persischen Kultur gegenüber einbringen. Danach werden wir ausgehend von der aktuellen politischen Situation die Fakten zu den Atomanlagen darlegen und im weiteren anhand einiger prägender Erlebnisse in der Geschichte des Irans in den letzten 200 Jahren einige Hinweise dazu liefern, wie die derzeitigen Stellungnahmen aus Europa und Amerika dort aufgefasst werden könnten.

Die arabische und persische Kultur und der Westen

Zunächst einige Anmerkungen zu unserer Verbindung mit den Kulturen im arabischen und persischen Raum: Viele Wörter, auch sogenannte urdeutsche Wörter, stammen erstaunlicherweise aus dem arabischen-persischen Sprachraum, wie zum Beispiel orange, lila, türkis, Sofa, auch Diwan, Zwetschge, Orange, Banane, Artischocke, Spinat, Kapern, Reis, Limonade, Zucker, Tasse, Koffer, Matratze, Mütze, Kittel, Jacke, Joppe., Kaffee, Konditor, Apotheke, Drogerie, Soda, Alkali, Natron, Benzin, Lack, Watte, Tarif, Admiral, Rakete, Kabel, Masseur, Ziffer, Zenit, usw. Der Grund für diesen Einfluss auf unsere Sprache liegt darin, dass im arabischen Raum zwischen dem 9. und 13. Jahrhundert Wissenschaft, Technik, Kultur, Medizin, Landwirtschaft und Bildung eine Hochblüte hatten. Insbesondere die empirische Physik und Chemie, die Mathematik, die Geologie, aber auch die Soziologie als Wissenschaft über die Formen des menschlichen Zusammenlebens und die Strukturen der Gesellschaft wurden im arabischen Raum in dieser Zeit besonders gepflegt und entwickelt. Während zum Beispiel im Kloster St. Gallen 1291 kein einziger lesen und schreiben konnte und drumherum sowieso niemand, gingen im arabischen und persischen Raum zu dieser Zeit alle Kinder zwischen 6 und 11 in die Schule. Es gab Spitäler in jeder grösseren Stadt mit fliessendem Wasser auch für das normale Volk, die weitherum gratis waren, als es im Abendland höchstens Hospize gab, in denen nicht geheilt, sondern nur Leiden gelindert wurden. Alle Spitäler und Moscheen besaßen eine Bibliothek. Viele einzelne Privatpersonen hatten jeder für sich mehr Bücher als alle Klöster im ganzen Abendland zusammen. Das rationale und logische Denken durchdrang die Kulturen. Die Erkenntnisse aus dieser Hochblüte im arabisch persischen Raum

ermöglichte erst die Entwicklung unserer westlichen Kultur. Wie gross deren Einfluss auf unsere Kultur ist, zeigen die Wörter aus den verschiedensten Bereichen. Beispielsweise kommt auch das Spiel "Schach" aus diesem Raum. Das Wort heisst nichts anderes wie der König, der ja im Iran 2500 Jahre lang bis 1979 der Schah genannt wurde. (Vergleiche Sigrid Hunke: Allahs Sonne über dem Abendland. Fischer 1991)

Dieses Wissen könnte uns davor bewahren, im Gegensatz zu einigen der europäischen Regierungen gegenüber den arabischen Ländern und Iran zu überheblich aufzutreten. Neulich staunte ein bescheidener Asylant aus dem Irak darüber, dass er nach fünf Jahren einen Schweizer traf, der ihn auf die Ursprünge der Zivilisation und die grossen Errungenschaften angesprochen hatte, die aus seinem Land kommen. Ohne zu wissen oder wenigstens wissen zu wollen, was in solchen Ländern für den Fortschritt der Menschheit errungen worden ist, werden wir keinen Zugang zur Seele dieser Menschen finden und werden ihnen nicht gerecht. Sie müssen davon ausgehen, dass wir sie nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen.

Kurze Frühgeschichte von Iran oder Persien. Es handelt sich um ein Land, auf dessen Fläche sich seit dem bekannten Perserreich vor 2500 Jahren Königreiche bildeten. Das Perserreich reichte von der Türkei im Norden und Ägypten im Süden bis zum Indus, mit Strassen, Verwaltung und Kommunikation. Schon seit einer Zeit also, in der in Europa in unseren Breitengraden sich die Menschen nicht in grösseren Gebilden zusammenschliessen konnten, weil dafür überhaupt keine entsprechenden Fähigkeiten und Fertigkeiten vorlagen. Die Iraner wissen das. Schah Reza Pahlewi ab 1923 und dessen Sohn bis 1979 bezogen sich ausdrücklich auf die lange Vergangenheit Irans vor der Eroberung durch die arabischen Muslime, um den Staat nach dem Vorbild des Westens von der Religion zu trennen.

Ein Iraner würde sich bis heute nie als Araber bezeichnen, denn seine Kultur reicht weiter zurück. Iran ist von den islamisierten Arabern etwa 650 erobert worden. Die Sprache und die Organisation, ebenso wie die bestehende monotheistischen Religionen haben die Araber wie in allen eroberten Gebieten nicht unterdrückt. Im Gegensatz zu anderen islamisierten Ländern ist die persische Sprache, das Farsi, bis heute erhalten geblieben. Die arabischen Muslime waren entgegen vielen Vorurteilen damals auch bei ihren Eroberungen in dem genannten Sinn tolerant, genauso wie die Perser dies schon 1000 Jahre vorher bei der Unterwerfung anderer Staaten waren. Die Islamisierung des Iran erreichten sie damit, dass Nicht-Muslime im Gegensatz zu anderen Steuern bezahlen mussten. Es brauchte mindestens 500 Jahre, bis die Mehrzahl der Iraner Muslime waren. In Persien stiessen die Araber zudem auf eine hohe Kultur, die den Islam beeinflusste. Die Religion in Persien war seit dem 6. Jahrhundert vor Christus der Zoroasmus. Dieser war auch der Ausgangspunkt verschiedener Vorstellungen, die wir im Christentum wiederfinden.

Auf dem Gebiet des heutigen Iran, im arabischen Teil, entstand das Schiitentum, die zweitgrösste Richtung im Islam, die schon bald nach dem Tod von Mohammed im oft kriegerischen Gegensatz zum Sunnitentum stand. Die Schiiten warten auf einen verborgenen Imman, der sich nach elf von den Sunniten ermordeten Immame dem Mord entzogen haben soll. Dieser Gegensatz wirkt bis heute nach. Die derzeit herrschenden Islamisten im Iran beziehen sich darauf, dass sie stellvertretend für den erwarteten verborgenen Imam die Herrschaft ausüben.

Einige Daten zum Iran

Iran dehnt sich auf einer Fläche von 1 Million 600 000 km² aus, die Schweiz hat hingegen 45 000 km², ist also 40 Mal kleiner. Im Moment hat der Iran ungefähr 70 Millionen Einwohner, 50% davon sind schätzungsweise unter 18 Jahre alt. Der Iran hat das höchste Bevölkerungswachstum der Welt. 60% sprechen Farsi, andere sind turktatarische Aserbeidschaner (Aseri), Kurden oder wenige Araber; mehrere Millionen Flüchtlinge stammen aus Afghanistan. Ungefähr 7 Millionen Iraner leben in der ganzen Welt verstreut, vor allem in den USA (besonders um Los Angeles herum) und

in Deutschland (viele in Hamburg). Sie sind vor den Folterungen und Morden des Schahs und des heutigen Regimes geflohen oder wollten ihre Kinder nicht im Krieg verlieren oder sahen keine Zukunft für ihre akademischen Berufe oder ihre persönliche Lebensweise im derzeitigen Zustand ihres Landes.

55% der Fläche Irans ist Wüste. Der trockenste Ort der Welt liegt in Persien, in der Wüste Lud.. 40% des Ackerlandes im Iran ist bewässert, v.a. im Nordwesten und in Gebirgstälern. Rund ums Kaspische Meer werden Reis, Zitrusfrüchte und Baumwolle angebaut. Sonst dominiert der Weizen- und Gerstenanbau. Der Mohnanbau wurde 1979 verboten. Der Iran importiert Weizen, Fleisch und Speiseöle. Die Schule wurde ab 1981 nach chinesischem Vorbild auf eine praktische und theoretische Einführung ausgerichtet. Man wollte die traditionell geisteswissenschaftlich ausgerichtete Schule korrigieren. Die Lehrer in den Grundstufen sind häufig besonders darin ausgebildet, den Koran gut auslegen zu können. Jeder soll den Koran aber selbst lesen können, weshalb der Analphabetismus bekämpft wird. Die Anzahl der Studierenden wurde stark ausgeweitet. Seit der Trennung der Schulen nach Geschlechtern schicken auch die traditionell ausgerichteten Muslime ihre Töchter auf höhere Schulen und Universitäten. Deshalb hat die Zahl der hochgebildeten Frauen massiv zugenommen.

Die prekäre Lage des Völkerrechts – die USA, die Achse des Bösen und der Iran

Bevor wir weiter zu einem Verständnis für die Situation im Iran voranschreiten, überdenken wir einmal, wie die derzeitige internationale Einflussnahme “demokratischer Staaten” aus der Sicht des Iran aussehen könnte. Seit einem Jahr hören wir immer wieder sehr vernehmlich, dass der Iran militärisch angegriffen, also mit Krieg unterworfen werden soll. Man sagt heute auch, er soll zu einem Verbündeten der Usa und der Eu gemacht werden. Die Regierung der Usa zählte Iran nach den Anschlägen von 2001 auf das World Trade Zentrum zu den sogenannten Schurkenstaaten, gegen die ein 30jähriger Krieg geführt werden müsste, was durchaus als Drohung aufgefasst werden kann. Iran half zwar im Krieg gegen die Taliban in Afghanistan 2003 mit, indem sie die sogenannte Nordallianz unterstützte. Das war den USA aber nicht genug, um sie von der Liste der Achse des Bösen zu streichen. Vor 3 Wochen hat Israel mit einem Angriff auf den Iran gedroht. Der Verteidigungsminister Ephraim Sneh erklärte am Freitag 10. 11. 2006, dass manchmal ein präventiver Militärschlag nötig sei. Das ist ein Angriff auf die Uno Charta von 1947, die von Israel und den USA unterschrieben worden ist, die bestimmt, dass jede Drohung mit einem Krieg verboten ist. Die Uno-Charta verbietet ebenfalls jedem Staat, einen tatsächlichen Angriff auf das Territorium eines souveränen Staates vorzunehmen. Ein Land darf als einzige Ausnahme gegen ein anderes Land Krieg führen, wenn jenes das eigene Territorium angegriffen hat und zudem die Uno noch keine Massnahmen dagegen eingeleitet hat. Israel hat aber schon mit dem Angriff auf den Libanon vor zwei Monaten gezeigt, dass es sich nicht an diesen Teil des Völkerrechts halten will. Israel hat sogar gezielt Uno-Beobachter an der Grenze zum Libanon bombardiert, obwohl es von keinem anderen Staat angegriffen wurde. Wenn Rechtsgleichheit bestehen würde, wenn alle Länder in der Uno gleichbehandelt werden würden, dann würde jetzt die USA und Israel auf der Anklagebank sitzen. Weil das nicht geschieht, fühlen sich arabische Länder und der Iran ungleich behandelt. Sie haben den Verdacht, dass die Forderung nach rechtsstaatlichen Verfahren im eigenen Land ebenfalls nur der Durchsetzung einer ungerechten internationalen Ordnung dient.

Bedrohliche Situation für Israel, bedrohliche Situation für die arabischen Länder

Die Angst in Israel vor einem Angriff auf das eigene Territorium ist verständlich, weil im Libanon Guerillas dafür bereitstanden, Israel anzugreifen. Aber Ängste allein oder sogar Aufstellung von Raketen gelten laut Völkerrecht nicht als Kriegsgrund. Wenn das so wäre, dann wären in Europa von 1947 bis 1989 dauernd genügend Gründe vorhanden gewesen, dass zum Beispiel der Osten den Westen überfällt oder umgekehrt. Denn auf Ängste vor einem Angriff haben andere auch

Berechtigung. Libanon hat zum Beispiel auch Berechtigung, sich vor Israel zu fürchten, denn Israel hat nicht nur Tausende von Raketen aufgestellt, sondern hat auch mehrfach in den letzten Jahren bewiesen, dass es im Libanon einmarschiert, ja sogar den südlichen Teil des Libanon mehrere Jahre lang ohne Mandat besetzt hielt und dafür nicht gerügt wird, weil die Einforderung des Völkerrechts seit Jahren von den USA im Sicherheitsrat verhindert wird. Israel besetzt noch immer widerrechtlich die syrischen Golan Höhen, weil die Regierung dem Beschluss von Tel Aviv durch Syrien vorbeugen will. Von arabischer Seite aus sieht das jedoch so aus, dass jetzt Israel die Hauptstadt Syriens, Damaskus, beschossen kann, die nur 40 Kilometer weg liegt. Haben die Israeli mehr Recht als die Syrer, haben sie mehr Recht, sich militärisch vor eventuell drohenden Angriffen zu schützen? Wer hat nun ein Recht auf Besetzung eines anderen Landes? Beide, wenn man die Angst vor einem Angriff der anderen als Rechtfertigung für einen eigenen Angriff gelten lässt. Keiner, wenn wir uns an die Vernunft halten, die uns sagt, dass solch eine Einstellung zu einem ewigen Drohen und Kämpfen führt. Stattdessen müssen wir uns auf einen friedlichen Ausgleich konzentrieren, müssen Vertrauen aufbauen. Aus diesem Anliegen heraus entstand auch das bestehende Völkerrecht, das genau solche Gründe für einen Angriff ausschalten will.

Israels illegaler Besitz von Atomwaffen, vermutete Entwicklung von iranischen Atomwaffen

Die Israelis müssen selbstverständlich Angst davor haben, sollte der Iran Atomwaffen entwickeln. Sie könnten auch gegen Israel eingesetzt werden. Vom Präsidenten Irans, Ahmadinedjad, kommen Äusserungen, dass die Gründung Israels ein einmaliger Vorgang in der neueren Geschichte war: Ein ganzes Volk vertrieb ein anderes aus seinem Gebiet - mit Millionen Vertriebenen und Tausenden von Toten. Man kann das so verstehen, dass der Staat Israel eine geschichtliche Fehlentwicklung war. Israel und die USA haben daraus abgeleitet, dass der iranische Präsident Israel vernichten will. Iran hat allerdings im Gegensatz zu den USA und Israel keinen militärischen Überfall angedroht. Zudem besitzt der Iran wenigstens zur Zeit nach Auffassung der Atomkontrollbehörde keine Atomwaffen oder die Fähigkeit, diese herzustellen.

Auf der anderen Seite müssen wir bedenken, dass Israel seit den 60er Jahren illegal Atomwaffen besitzt (vermutlich rund 100) und gleichzeitig den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat. Israel hat einen ihrer Spezialisten, der diese völkerrechtswidrige und bedrohliche Waffenentwicklung öffentlich machte, jahrzehntelang eingesperrt. Es gibt keinen Untersuchungsausschuss darüber, wer von den Grossmächten dieses Wissen an die Israelis geliefert hat. Die arabischen Länder und der Iran müssen und sollen auch seit dieser Zeit immer befürchten, dass Israel diese Waffen einsetzt. Israel droht immer wieder und auch ganz offen damit. Erst vor kurzem der Verteidigungsminister und der Ministerpräsident Olmert, ebenfalls der Vizepräsident Liebermann. Alle wollen mit allen Mitteln, auch mit allen militärischen, den Iran daran hindern, genauso wie Israel Atomwaffen zu entwickeln. Zumindest USA und Israel können moralisch vom Iran nicht etwas verlangen, was sie selbst nicht einhalten. Starke Gruppierungen in Israel reden offen davon, dass sie das vor Tausenden von Jahren existierende alte Israel wieder herstellen wollen und deshalb die Palästinenser weg müssen. Die israelischen Regierungen widersprechen seit Jahren diesen Plänen nicht, sondern fördern die Vertreibung der Palästinenser im Westjordanland, indem sie immer weitere israelische Siedlungen mit Steuergeldern bezahlen. Zudem bauen sie auf palästinensischem Gebiet eine Mauer, die den Palästinensern noch einmal 10% ihres Landes wegnimmt. Zudem dehnt Israel den eigenen Gottesstaat aus, in dem die arabischen Israeli gegenüber den jüdischen Israeli diskriminiert werden. Zum Beispiel darf ein Araber aus Jerusalem bei einer Heirat mit einer Frau ausserhalb Jerusalems nicht weiterhin in Jerusalem wohnen bleiben.

Der Hinweis auf eine bestehende Angst darf auf keiner Seite das bestehende Recht ausser Kraft setzen, auch wenn es die Angst vor Terroristen ist. Die USA rechtfertigen ihre völkerrechtswidrigen Angriffe auf Afghanistan und den Irak mit der Angst vor Terroristen und setzen damit das mühsam hergestellte Recht ausser Kraft. Damit verwirken die "Demokratien" ihre Möglichkeit, andere Länder moralisch zu einer friedlichen Koexistenz oder gar auf ein friedliches Zusammenwirken zu

verpflichten.

Fragen wir uns als Verfechter eines friedlichen Völkerausgleichs: Wer hat ein so grosses Recht auf seine Angst, dass er den anderen angreifen darf? Unsere Vernunft und das Völkerrecht sagt: „Keiner“. Die mächtigen Länder haben sich schon 1927 verpflichtet, auf Angriffskriege zu verzichten. Wie gesagt: Krieg ist heute nur noch als Verteidigung nach einem erfolgten Angriff auf das eigenen Territorium, also als Selbstverteidigung, erlaubt. Es muss auch hier gleiches Recht für alle gelten.

Welche Wirkung hat ein solches Vorgehen gegenüber dem Iran? Die iranische Literatur-Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi hat in ihrer Biographie "Mein Iran" darauf hingewiesen, dass die Iraner Menschen mit langem Gedächtnis sind. Sie wissen zum Beispiel noch genau, wer den Irakern im Krieg gegen den Iran ab 1980 das Gas geliefert hat, das Hunderttausende junge Iraner tötete, nämlich die USA, die den Irak gegen den Iran ausrüstete. Die Geschichte hat dort einen viel grösseren Einfluss auf das Denken und das Selbstverständnis als bei uns. Wenn wir das Denken und Handeln verstehen wollen, müssen wir wenigstens die neuere Geschichte ein bisschen kennen und dazu werde ich später noch mehr ausführen.

Rohstoffinteressen im Iran

Der Iran ist für die Energieversorgung der Welt interessant. Das Land hat am meisten Ölreserven nach dem weitaus führenden Saudi Arabien, nach Kanada mit dem vielen Ölschiefer und dem Irak, mit seinem besonders schwefelarmen Öl. Nach Iran folgt noch Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Venezuela, Russland, Lybien und Nigeria. Beim Erdgas besitzt Iran nach Russland am meisten Reserven, (Russland 1700 Billionen Kubikfuss, Iran 800 vor Katar, 300 Bio, Vereinigte Arabische Emirate 210 Bio und Saudi Arabien, 200, die also alle viel weniger besitzen. Hauptverbraucher sind die USA, China, Japan, Russland, Deutschland, Indien, Korea, Brasilien, Frankreich Kanada in dieser Reihenfolge, wobei die USA mit ihrer Bevölkerung von 5% alleine 25% des Weltenergieverbrauchs für sich beanspruchen. Die Bedeutung von Iran zeigt sich noch deutlicher, wenn wir wissen, dass Öl und Erdgas seit Jahren zusammen etwa 60% des Energiebedarfs auf der ganzen Welt decken, dann folgt die Kohle mit 25 %. Die Usa besitzen selbst grosse Reserven, versuchen aber möglichst viel zu importieren und die eigenen Vorräte zu schonen. Europa besitzt viel weniger. Die Atomkraft trägt weltweit nur 7% zur Energieversorgung bei und Wasserkraftwerke 6%. Andere Energieformen tragen bis jetzt nur marginal zur Versorgung bei.

Daneben besitzt der Iran Eisenerz, Kupfer und Chromerz, ebenfalls Steinkohlevorkommen. Die bisher vor allem um Teheran konzentrierte Industrie könnte sich schnell entwickeln.

In den letzten Monaten verhinderten Russland und China, dass in Vorbereitung auf einen geplanten Krieg gegen den Iran Sanktionen ausgesprochen werden. Man kann das damit begründen, dass China ebenfalls daran interessiert ist, seinen Energiebedarf zu decken und mangels genügend eigenem Öl und Gas auf den Nahen Osten angewiesen ist und vor kurzem mit dem Iran einen Vertrag auf Lieferung von Erdöl abgeschlossen hat. Russland und China haben zudem Interesse daran, dass die Usa die allein führende Rolle im Weltgeschehen verlieren. Sie fühlen sich stark genug, die Usa herauszufordern. Die Eu wiederum wird vom Iran damit hofiert, dass dieser die Erdöllieferung teilweise in Euro bezahlen lassen will, was die Usa gegenüber der Eu schwächen würde. Dieses Vorhaben wurde schon dem irakischen Diktator Saddam Hussein zum Verhängnis. Die Usa wiederum will eventuell zeigen, dass sie so stark sind, dass sie das Einverständnis Chinas und Russlands nicht benötigen, um Länder zu unterwerfen, sie in den eigenen Machtbereich einzugliedern.

Iran und der Atomwaffensperrvertrag

Was hat es nun mit den Atomwaffen auf sich, über die in den letzten Monaten so viel geschrieben worden ist. In der Welt ist der 1968 geschlossene und 1995 unbegrenzt verlängerte Atomwaffensperrvertrag von 188 Ländern unterschrieben und ratifiziert worden. Diese Länder haben sich damit verpflichtet, ihren Atom-Status nicht zu verändern. Deshalb haben die Atomwaffenstaaten Israel, Indien, Pakistan nicht unterschrieben und Nordkorea ist 2003 nach den militärischen Drohungen der Usa an Nordkorea wieder ausgetreten mit der Begründung, nur so eine Waffe entwickeln zu können, mit der sie die Usa von einem Überfall abhalten können. Iran hat unterschrieben. Der Atomwaffensperrvertrag soll die Verbreitung von Atomwaffen verhindern, kann und will jedoch Atomwaffen leider nicht ächten. Für andere Staaten kann der Sinn dieses Vertrags deshalb so ausgelegt werden, dass sich die klassischen Atomwaffenstaaten, also die Grossmächte China, Russland, Usa, England und Frankreich, damit ein Monopol zugeschanzt haben, andere bedrohen zu können und damit Forderungen gegenüber unbotmässigen Ländern durchsetzen zu können, von jenen aber nicht bedroht werden zu können. Insbesondere deshalb, weil sich die damaligen 5 Atomwaffenstaaten verpflichtet hatten, sich ihrer Atomwaffen zu entledigen, was bekanntermassen nie geschehen ist und bisher von niemandem eingefordert worden ist. Die Anzahl von Atomwaffen hat seit 1970 stattdessen stark zugenommen, insbesondere Russland und die Usa waren die Übeltäter und sind es auch nach 1989 geblieben. Die Usa haben sich im Gegenteil als Herrscher der Welt aufgespielt, indem sie 2002 offiziell erklärten, sie würden Kriege präventiv und präemptiv führen und gleichzeitig den 1972 mit der Sowjetunion geschlossenen Vertrag zum Verbot von Raketenabwehrsystemen gekündigt. Ein umfassendes Verbot von atomaren Testexplosionen kam nicht zustande, weil die Usa, China, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea nicht beitreten wollten. Die Usa hingegen bedroht die Welt bewusst, wenn sie jetzt im Osten Europas Raketenabwehrstellungen bauen wollen, damit diese Länder mit Us-Militär in Abhängigkeit halten wollen (vor allem die Eu) und ebenso eine Bedrohung für andere Länder wie Russland und China darstellen (wollen). (Vergleiche dazu auch die Darstellung des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmid in „Die Zeit“ vom 8. März 2007 S. 3, in der dieser betont, dass er die Ungleichheit des Atomwaffensperrvertrages in den 70er Jahren aus Vernunftgründen akzeptierte. Heute unterstützt er den kürzlich erfolgten Aufruf von Henry Kissinger, George Shultz, Sam Nunn und William Perry, die eine Umkehr der Us-amerikanischen Politik einfordern, um ein atomares Wettrüsten zu verhindern).

Die Atomwaffenstaaten verpflichten sich in dem Vertrag darüberhinaus, keine zum Bau von Atomwaffen geeignete Technologie an andere Staaten zu liefern und kein waffenfähiges Material weiterzugeben.

Der Atomwaffensperrvertrag verpflichtet aber zudem die Atomwaffenländer, interessierten Ländern mit Technologie zu helfen, die die Atomkraft sogenannten friedlich nutzen wollen, sei es in Labors oder in Atomkraftwerken. Dafür stehen jährlich 100 Millionen Dollar zur Verfügung, mit denen 800 Projekte verschiedenster Länder unterstützt werden. Der Iran hat am 21. November 2006 ebenfalls Unterstützung erbeten, die jedoch vertragswidrig unter Druck der USA abgelehnt worden ist.

Derzeit betreiben 44 Staaten Atomreaktoren. Die IAEA überwacht den Vertrag. Ein Zusatzprotokoll von 1997 macht es jederzeit möglich, auch unangekündigte Kontrollen durchzuführen - etwa 80 Länder haben unterzeichnet, der Iran nach Druck von aussen 2003, weil die IAEA mit Sanktionen drohte. Bedenklich ist, dass andere Länder nicht mit Sanktionen bedroht wurden, die sich aber nicht kontrollieren lassen. Bedenklich deshalb, weil ein Rechtsdenken nur dann entstehen kann, wenn Rechtsgleichheit eingehalten wird. Besteht die Rechtsgleichheit nicht, gibt es moralisch keinen Anspruch an einen anderen, dass dieser sich an einen Vertrag halten soll.

Die Faktenlage ist sogar so, dass im Gegenteil die US-Aussenministerin erst im Oktober 2006 Indien eine bessere Kooperation bei Atomwaffen angeboten hat, obwohl Indien weder den Atomwaffensperrvertrag noch das Zusatzprotokoll unterschrieben hat. Begründet wurde dies damit, dass Indien den zivilen Teil des Sperrvertrages unterschrieben hatte. Der Iran stoppte wegen der Drohung durch die IAEA die Urananreicherung, nahm sie jedoch 2004 wieder auf. Im September 2005 beschloss das iranische Parlament die Kündigung des Protokolls, nachdem die IAEA eine

Resolution verabschiedet hatte, bei Nichtbefolgen den UN-Sicherheitsrat einzuschalten. Iran kündigte im Januar 2006 in Reaktion auf den IAEA-Beschluss an, dem UN-Sicherheitsrat das iranische Atomprogramm zur Prüfung vorzulegen. Der Iran brach die Siegel der IAEA auf. Der UN-Sicherheitsrat setzte ein Ultimatum zum 31.8.06, die Urananreicherung auszusetzen, auf das der Iran nicht eintrat. Der Iran bestand darauf, dass seine Atomreaktoren friedlichen Zwecken dienten. Nordkorea hatte schon 2003 demonstriert, dass der Atomwaffensperrvertrag jederzeit gekündigt werden kann. Nordkorea tat dies, weil Bush Nordkorea als Teil der Achse des Bösen bezeichnet hatte, das zu bekämpfen sei. Nordkorea wollte damit demonstrieren, dass es sich auch mit Atomwaffen verteidigen will. Wegen dieser Drohung Nordkoreas hat die USA auf weitere offizielle Einflussnahme und Drohungen gegenüber diesem Land verzichtet. Sie musste verzichten, weil sie sonst einen Krieg hätte führen müssen. Der Iran konnte daran aber erkennen, dass die USA nicht einfach alles mit Gewalt durchsetzen können. Da die USA aber die Sprache der Gewalt sprechen wollte, liess sie sich nicht darauf ein, die Welt friedlicher zu machen.

Die militärische Drohung von Israel und den USA, den Iran auch mit Atomwaffen anzugreifen, um diesen davon abzuhalten, eine eigene Produktion für angereichertes Uran für Atomkraftwerke oder Atomwaffen aufzubauen, hat dazu geführt, dass der Iran mit der Ölwanne drohte: Iran würde bei einem Krieg die Strasse von Hormuz im Persischen Golf blockieren, durch die 25% des weltweit verbrauchten Öls transportiert werden. Man erkennt daran, dass es zu einer Eskalation kommt. Besser wäre es, genauer zu untersuchen, was eigentlich die Anliegen des Iran, der verschiedenen arabischen Länder, Israels und der USA sind und welche Berechtigung sie gemäss Völkerrecht oder moralisch haben könnten, um dann eine diplomatische Lösung zu finden.

Irans Interesse an Atomkraftwerken

Iran erklärt, es wolle in Zukunft mit der zunehmenden Energienachfrage im eigenen Land nicht die gesamte Erdöl- und Erdgasproduktion für den eigenen Verbrauch verwenden. Man sollte diese Rohstoffe auch nicht verbrennen, sondern für anderes verwenden. Deshalb bräuchten sie wie andere Länder auch, die Atomenergie. Dieses Interesse hatte übrigens schon der Schah 1970 geäußert, worauf der Iran ohne weiteres von der damaligen EG einen Atomreaktor versprochen bekam. Siemens begann diesen auch zu bauen. Man wollte dem Iran nicht nur Atomkraftwerke liefern, sondern auch die Urananreicherung ermöglichen. Konkrete Pläne gab es mit Frankreich, Spanien, Italien und den Benelux-Ländern, auch Plutonium herzustellen.

Iran braucht im Moment die gesamte geförderte Menge Erdgas für den eigenen Verbrauch und ebenso 40% des geförderten Erdöls, insbesondere für Heizen, Kochen und Benzin. Iran lebt aber zum grossen Teil von den Exporten von Erdöl. Die iranische Regierung weist darauf hin, dass sie im Gegensatz zu den meisten Ländern mit Atomkraftwerken eigenes Uran fördern kann. Im Moment wird das meiste Uran in der Welt in Australien und Kanada abgebaut. Beide Länder haben keine eigenen Atomkraftwerke. Bisher geschieht die Anreicherung des Urans für die Verwendung in Atomkraftwerken in denjenigen Ländern, die als Atombombenstaaten offiziell anerkannt sind. Das bedeutet, dass die Atombombenstaaten mit ihren Urananreicherungsanlagen die Länder in der Hand haben, die Atomreaktoren für ihre Energieversorgung nutzen wollen. Das will der Iran auch aus schlechten geschichtlichen Erfahrungen heraus nicht. Er will in der Energieversorgung unabhängig sein.

Anreicherung von Uran bedeutet, dass der Anteil von Uran 235 auf 5% erhöht werden muss. Das Problem ist, dass man prinzipiell das gleiche Verfahren benutzt, um das Uran für eine Atombombe zu nutzen. Das ist jedoch viel schwieriger, weil der Anteil an U 235 90% betragen muss. Man kann also unterstellen, wer das U235 anreichern kann, kann auch davon Atombomben herstellen. Man geht allerdings davon aus, dass es ungefähr 10 Jahre dauern wird, um solch eine Fähigkeit zu erlangen. Iran hat deshalb angeboten, dass die IAEA diesen Vorgang kontrollieren soll. Allerdings besteht es auf der im Atomwaffensperrvertrag garantierten Hilfe bei der Herstellung von Material

für Atomkraftwerke. Das ist letzte Woche (Mitte November 2006) nicht geschehen. Wenn es stimmt, dass mit dem Wissen über die Urananreicherung auch sehr schnell Atombomben hergestellt werden können, die jederzeit eingesetzt werden können, dann müssen alle Länder einer strengen Kontrolle unterworfen werden, um alle - bedrohlichen - Atomwaffen abschaffen zu können. Denken wir daran, dass sowohl Israel als auch die USA laut darüber nachdenken, Atomwaffen gegen den Iran einzusetzen.

Die Uranproduktion im Iran

Iran baut derzeit 70 Tonnen Uranerz pro Jahr ab. Dazu hat der Iran bereits zwei Mühlen, um Uranoxid herstellen zu können. Iran kann bereits dieses Uranoxid in Isfahan in Hexilfluorid umwandeln, was notwendig ist, um das U235 von 0,7 % auf 5% anzureichern. Iran hat seine eigenen Forschungen zur Urananreicherung geheimgehalten, um nach eigenen Angaben der Bombardierung durch Israel oder anderer Staaten zu entgehen. Bekanntermassen hat es sich Israel ja herausgenommen, vor einigen Jahren die im Entstehen begriffene Urananreicherungsanlage im Irak zu bombardieren und dadurch sein Monopol auf Atomwaffen im Nahen Osten zu sichern. In Natanz hat Iran die dafür notwendigen Gaszentrifugen unterirdisch aufgebaut, offiziell sind es 164. Ahmadinedjad hat angekündigt, dass dort 60 000 Gaszentrifugen eingebaut werden sollen, was theoretisch offenbar auch zur Herstellung von Atombomben ausreichen könnte. Darüberhinaus wurde in Arak im August 2006 eine Schwerwasseranlage eingeweiht. Diese ist Teil des Programms für einen Schwerwasserreaktor, der ab 2009 fertig sein soll. Mit Schwerwasser kann und soll auch Plutonium hergestellt werden. Beachten wir dabei: Die Atomindustrie in der ganzen Welt setzt auf das Plutonium, weil damit die Uranvorräte auf der Welt länger als die bisher prognostizierten 50 Jahre halten könnten. Plutonium kann aber auch als Waffe verwendet werden. Dieses Problem stellt sich auf der ganzen Welt bei der Nutzung von Uran zur Energiegewinnung, wird jetzt aber nur im Zusammenhang mit dem Iran als Problem aufgeworfen. Die Atomkontrollbehörde IAEA hat den USA im August 2006 widersprochen, als diese behaupteten, der Iran besäße bereits Atomwaffen.

Die Verwendung des angereicherten Urans soll in einem Leichtwasserreaktor in der Hafenstadt Buschher stattfinden, den Siemens 1974 angefangen und nach der islamischen Revolution 1979 gestoppt hatte. Russland war eingesprungen und stellte diesen Reaktor 2004 weitgehend fertig. Dieser sollte Anfang 2007 in Betrieb gehen. Russland zog ihre Ingenieure jedoch im März 2007 im Zusammenhang mit derer Zustimmung zu einer Uno-Resolution zurück. Russland ist an der Lieferung von angereichertem Uran an den Iran interessiert, weil sie damit einen grossen Einfluss auf dieses Land entwickeln kann. Der Präsident des Iran spricht in einem Brief an den US-Präsidenten den Verdacht aus, dass die USA die Eigenständigkeit des Iran verhindern, dazu die Energiequellen der Welt kontrollieren und die gesamte Weltwirtschaft mit dem Dollar als Leitwährung im Griff halten will. Einiges spricht für diese Überlegungen, was dem undemokratischen Regime im Iran moralisch hilft. Die USA und die EU-Länder erklären, der Iran werde zu einer Bedrohung, weil dieser die potentiellen Waffen für ihre eigenen Interessen einsetzen würde. Das stimmt wahrscheinlich auch, zumindest für die Erreichung eigener Unabhängigkeit. Dabei wird aber Iran auch immer mehr von der Bevölkerung der islamischen Länder unterstützt, weil sie seit Jahrzehnten gedemütigt worden sind. Iran fühlt sich berechtigt von den USA und Israel bedroht, die widerrechtlich in verschiedenen Ländern einmarschieren sind, vor allem in Afghanistan und im Irak, und dort mit falschen Behauptungen das Land ganz destabilisiert und einen Bürgerkrieg hervorgerufen haben.

Die neue Nato Doktrin von 1999 droht mit Atomwaffen, um Rohstoffe für die Nato zu sichern

Die Weltlage ist deshalb sehr labil, weil die USA und die ganze Nato seit der Verabschiedung der Nato-Doktrin 1999 ganz offen ihre eigenen Interessen auf der ganzen Welt verfolgen wollen und dabei auch offen zum ersten Mal in der Geschichte mit einem Erstschatz mit Atomwaffen drohen.

Ausdrücklich ist dabei die Sicherung der Rohstoffe für die eigene Industrie in der ganzen Welt als nationales Interesse definiert. Damit können die westlichen Länder nicht mehr glaubhaft vertreten, sie würden auf der Welt für Frieden, Demokratie und Rechtsstaat eintreten. Wer soll das jetzt tun?

Geschichtlich bedingte Vorbehalte Irans gegenüber Russland und England

Warum nimmt Iran das Angebot Russland nicht an, in Russland Uran anzureichern? Und warum stört es den Iran besonders, wenn englisches Militär an seinen Grenzen stationiert ist? Wie gesagt, will der Iran eigenständig bleiben oder werden. Zudem geht es um die Frage der Selbstbehauptung und um den spezifisch politischen Islam, mit dem wir uns später beschäftigen. Im weiteren hängt diese Ablehnung auch mit den geschichtlichen Erfahrungen mit Russland und auch anderen Kolonialländern zusammen, die den Iran mit allen Mitteln zu einer Kolonie machen wollten. Die Iraner sind bis heute stolz darauf, dass sie trotz aller Pressionen und Einflussnahmen nie aufgegeben haben. Wie so viele Länder ausserhalb Europas gehörte Iran zu den Ländern, die dem Kolonialismus ausgeliefert war, also den europäischen Nationalstaaten, die sich mit politischen und ökonomischen Mitteln in der aussereuropäischen Welt durchzusetzen versuchten. Seit Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Territorium verkleinert (1801 verlor Iran grosse Gebiete im Kaukasus und 1813 weitere Gebiete an Russland) und die Grossmächte vor allem England und Russland durchdrangen Iran wirtschaftlich. Diese beiden Mächte kämpften im ganzen 19. Jahrhundert um die Vormachtstellung - ökonomisch, militärisch und politisch - im Iran: Russland wollte sein Staatsgebiet vergrössern, Grossbritannien wollte die Landroute nach Indien sichern und Russland vom Indischen Ozean fernhalten. Im Vertrag von Golestan 1813 wurde festgelegt, dass Russland den Thronerben bestätigen muss. Zudem verlor der Iran die Zollautonomie für 100 Jahre. Nach einem Krieg für die Muslime im heutigen Süden Russlands wurde 1826 im Frieden von Torkmantschay erklärt, dass die Russen die volle Konsulargerichtsbarkeit über russische Staatsbürger im Iran übernehmen, das heisst, dass sich die Russen der iranischen Rechtsprechung entziehen. Diese Regelung galt später auch für andere europäische und osmanische Staatsbürger. Das war der Anfang des sogenannten Systems der "Kapitulationen". Mit sogenannten Konzessionen wurden zudem grössere Teile der iranischen Wirtschaft gegen geringe Gegenleistung in die Verfügungsgewalt der zwei Grossmächte gebracht, was die eigenständige Industrialisierung verhinderte. Die Liquiditätsschwierigkeiten des Staates - auch wegen hohen Konsums des Herrscherhauses - begünstigten diese "friedliche" Durchdringung Irans. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts erhielten die Briten eine Konzession für ein Telegraphennetz, 1879 gingen die Fischereirechte im Kaspischen Meer an Russland, ein Baron Reuter erhielt die Konzession zur Gründung einer Bank, die "Bank of Persia", die unter britischer Leitung stand und ihren Sitz in London hatte. Diese erhielt das Monopol für die Notenemissionen, womit die persische Währung unter Kontrolle der Briten stand. Die Russen wollten nicht nachstehen und erhielten 1890 eine eigene Kreditbank. 1890 erhielt die Imperial Tobacco Corporation of Persia ein Monopol für Produktion, Anbau und Export des ganzen Tabaks für 50 Jahre. Das führte dann zu Massenprotesten 1890, die sowohl von antikolonialen Kräften als auch von der Geistlichkeit getragen waren. Damals erstellten islamische Kleriker ein Rechtsgutachten, das jeden Gebrauch von Tabak als feindselige Handlung gegen den verborgenen Imмам definierte. Das führte zu einem vollständigen Tabakboykott und zur Rücknahme der Konzession. Die Rechtsgelehrten erlaubten den Tabakkonsum wieder und hatten damit ein Instrument entwickelt, den Kolonialismus mit der Religion zu bekämpfen. Hier hatten sich zum ersten Mal Gegner der Einflussnahme fremder Grossmächte und die muslimische Geistlichkeit zusammengetan und waren erfolgreich damit. Das gab dem Volk das notwendige Selbstvertrauen, dass man den Demütigungen der Grossmächte nicht ausgeliefert ist. Dieser Vorgang bestätigte zudem die damals aufkommende Theorie, dass man mit einem Bündnis von der Geistlichkeit mit einem revolutionär gewandelten Islam und geschulten Organisatoren der Kolonisierung entgegenwirken kann. Dieses Bündnis bestimmte das ganze 20. Jahrhundert, wie wir noch sehen werden.

Über die damaligen Beamten konnten die Grossmächte - vor allem England und Russland - ihren

Einfluss vorantreiben. Die Beamten ersteigerten für eine bestimmte Summe das Recht, Steuern einzutreiben. Um diese Stellung zu behalten, versuchten sie diese mit Hilfe von fremden Mächten wie Grossbritannien und Russland zu festigen. Die Provinzbeamten waren zu diesem Zeitpunkt nahezu vollständig militärisch und finanziell autonom. Diese Korruption, aber auch die geführten Kriege, die mangelnden Steuereinnahmen und der Konsum der Oberschicht führten zu Steuererhöhungen. Die Situation der mehrheitlich bäuerlichen Bevölkerung verschlechterte sich.

Eine weitere Entwicklung förderte den Einfluss Russlands. Wegen verschiedener Niederlagen forderte das Militär Reformen. Deshalb wurden schon Anfang des 19. Jahrhunderts Militärberater aus England und Frankreich geholt und Studenten nach Europa geschickt. Ab 1879 wurde eine besonders geschulte Kosakenbrigade aufgebaut, die von Russen befehligt war und aus Türken und Iranern bestand. Sie sollte den Schah und russische Gesandte schützen. Das heisst also, dass die iranische Staatsoberhaupt von Russland geschützt, also auch von Russland bei Bedarf nicht geschützt wurde. Aus dieser Brigade entstammte der spätere Schah Reza Pahlevi.

1900 waren 50% des Aussenhandels in den Händen von russischen, ein Viertel in den Händen englischer Firmen. Der Iran hatte grosse Anleihen in Russland gemacht, auch wegen den teuren Auslandsaufenthalten des Schahs. Die völlige russische Kontrolle war nahe. Im weiteren wurden die Maulbeerplantagen in Yazd von den Engländern durch Mohnanbau zur Produktion von Opium ersetzt. Der Sinn war, genauso wie in China oder Ägypten, die Iraner in Abhängigkeit von Rauschgiften zu bringen und sie damit ruhig zu halten. Dies hatte Auswirkungen bis in die 60er Jahre, weil die Iraner die alten Opiumabhängigen so lange pflegen mussten.

1907 bereits wurde Iran in 3 Einflusszonen zwischen Russland und England und einem neutralen Bereich aufgeteilt.

1908, nach einem misslungenen Attentat auf den Schah, wurde das erste im Iran gewählte Parlament durch die Kosakenbrigade beschossen. Viele Unterstützer einer Verfassung wurden ermordet, die neu errungene Pressefreiheit aufgehoben, Zeitungen geschlossen. Es kam zu Aufständen in den Provinzen, Tehran wurde besetzt. Der Schah musste abdanken, sein minderjähriger Sohn Ahmad wurde von den Aufständischen zum Herrscher gemacht, was von Russland und England anerkannt wurde. 1911 erhielt der Amerikaner William Morgan Shuster den Auftrag, den iranischen Staatshaushalt zu sanieren. Die iranische Regierung traute Russland und England nicht mehr. Shuster wollte eine Polizeitruppe unter einer britisch-indischen Armee Steuern eintreiben lassen. Das Parlament stand dahinter. Die Russen sahen ihren Einfluss schwinden, marschierten im Iran ein und zwangen die Regierung, Shuster zu entlassen. Das Parlament wurde aufgelöst. Durch den Einmarsch von England und Russland wurde die Konstitutionelle Bewegung zerschlagen. Russland und England sorgten dafür, dass die Pressefreiheit nicht akzeptiert wurde, nur ein angenehmes Parlament wurde von England und Russland akzeptiert. Die Verfassung ruhte. 1912-1914 wurden riesige Anleihen bei England und Russland aufgenommen. Im 1. Weltkrieg erklärte sich Iran neutral, was nicht respektiert wurde. Russen, Osmanen, Briten kämpften auf iranischem Boden. Die Zentralregierung war so schwach, dass es zu grossen Aufständen kam. Verschiedene Stämme erhielten Geld, dass sie die Erdölquellen für die Engländer schützten. Diese besetzten auch Teheran und verhinderten die Übernahme durch demokratische Kräfte (Bakthiari). Nach der russischen Revolution zogen die Russen ab. Ein Teil der Aufständischen war kommunistisch orientiert und waren entsetzt, als sie von der Sowjetunion nicht unterstützt wurden. England blieb hingegen im Iran und unterdrückte die Aufstände. England wollte die Schwäche Russlands nutzen und 1919 ein Protektorat errichten: Sie wollten ihre Experten in allen Ministerien und Ämtern Irans einsetzen, forderten englische Berater und Ausbilder für die Armee, und wollten die Kosakenarmee durch ihre Bank of Persia finanzieren lassen, um sie so unter Kontrolle zu bringen. Dieses Protektorat konnte wegen Aufständen gegen die Zentralregierung und gegen Grossbritannien nicht errichtet werden. England unterstützte danach eine starke Zentralregierung - auch um die Sowjetunion zu stoppen -, die von Schah Reza Pahlevi errichtet wurde.

Damit war die Geschichte mit Russland nicht zu Ende. Die Sowjets liessen vom Iran ab. Doch auch

im zweiten Weltkrieg mussten die Iraner hungern, weil die Westmächte durch den Iran Nachschub für die russischen Truppen führten, obwohl sich Iran wiederum neutral erklärt hatte. Iran galt als deutschfreundlich, weil der Schah enge wirtschaftliche Verbindungen zu Deutschland aufgebaut hatte, um den Einfluss Englands und Russlands zurückzudrängen. Die USA hatten in den 30er Jahren enger Verbindungen abgelehnt. Viele Lebensmittel wurden auch im Iran aufgekauft und gestohlen, so dass viele Iraner in dieser Zeit hungern mussten und bis heute wissen, wohin die Lebensmittel geführt worden waren.

Weiterhin haben die Sowjets im 2. Weltkrieg die Goldreserven der Iraner verschleppt. Als dieses im Jahr 1952 nötig war, um dem Boykott Irans durch England und den USA zu begegnen, hat die Sowjetunion das Gold nicht zurückgegeben. Sie fanden die demokratische Regierung Mossadegh zu bürgerlich und stützten sie deshalb nicht. Iran wurde zahlungsunfähig und kam in eine solch schwere wirtschaftliche Lage, dass die Volksmassen durch geschickte Aufhetzung unter CIA Einfluss die demokratische Regierung Mossadegh stürzten und Schah Mohammed Reza Khan wieder zurückgeholt wurde. Viele Iraner erkannten deshalb auch in der von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Tudeh Partei eine weitere koloniale Einflussnahme auf den Iran, über die die Sowjetunion ihr Einflussgebiet ausdehnen wollte. Die Sowjetunion erkannte Ende der 50er Jahre erst ihren strategischen Fehler. Sie hatten so den Iran den US-Amerikanern ausgeliefert. Wie immer bei den geostrategischen Überlegungen, sind die einzelnen Menschen keinen Pfifferling wert.

Warum misstraut der Iran den USA?

Hier spielen zum ersten die neuesten Erfahrungen mit, dass die USA mit falschen Behauptungen einen Krieg gegen den Irak vom Zaun brachen und dabei nur den Zugriff auf das Öl und den Dollar als Verrechnungswährung bei den Öllieferungen erhalten wollten und ihren Firmen die Möglichkeit geben, ein ganzes Land mit Hilfe anderer Länder neu unter ihrer Kontrolle aufzubauen und sich damit ihren Krieg zahlen zu lassen. Ebenfalls verhindert die USA seit 1957 jede Verurteilung Israels im UNO-Sicherheitsrat. Damit wird deutlich, dass die USA nicht Demokratie und Menschenrechte oder das Völkerrecht unterstützen, sondern je nach eigener Interessenlage handeln.

Zum zweiten verdrängten die USA nach dem 2. Weltkrieg die Engländer im Iran und führten deren massive Einflussnahme im Iran fort.

1943, nach dem Sturz des Schahs Reza Pahlevi wurde ein Handelsvertrag mit den USA unterschrieben, der den Handel von jeder Kontrolle befreite. Zudem reorganisierte die USA die Gendarmerie, was ihnen Verbindungen und damit einen Einfluss auf die Innenpolitik in einer hierarchischen bis despotischen Gesellschaft brachte.

1946 mussten die Engländer unter dem Druck der USA 20% ihrer Anteile an der Erdölförderung an amerikanische Konzerne verkaufen. Es gab Massendemonstrationen. Es wurde gefordert, dass die Erdölverträge mit der Erdölgesellschaft Anglo-Persian Oil Company, APOC, gekündigt werden und das Erdöl verstaatlicht wird. Das lag auch daran, dass zu diesem Zeitpunkt vermehrt Inder, Israelis und Engländer auf hohe Posten gesetzt worden waren. Zudem förderte die APOC Opiumkonsum, Glücksspiele und Bordelle. Viele Einfuhren der USA und wenig Ausfuhren hatten den Verfall der Währung zur Folge und kleine Unternehmen konnten nicht mehr konkurrieren. Es kam zu grossen Preissteigerungen. 1947 gab es dann schon ein iranisch-amerikanisches Militärabkommen. Die Amerikaner sollten die Schlagkraft der Armee verbessern. Sie bekamen das Recht, die ganze Armee zu inspizieren. Der amerikanische Präsident Truman versprach 250 Mill. US-Dollar bei Reformen. Zum Premier wurde General Razmara gewählt, ein Militärtechnokrat und naher Freund amerikanischer Militärberater. Interessanterweise verlangte Grossbritannien plötzlich Souveränität für den Iran zu einer Zeit, wo es um die Frage ging, wer die Welt beherrscht und England und die

USA sich oft als Gegner gegenüberstanden.

1951 jedoch wurde Mossadegh als Exponent der Bewegung gegen die Ausbeutung durch Ölkonzerne zum Premier gewählt. Dieser verstaatlichte die Anglo-Persian Oil Company, die späterer British Petroleum (BP). Mossadegh und seine Bewegung gaben dem Parlament mehr und dem Schah weniger Einfluss in der Politik. Mossadegh verhinderte den amerikanischen Berater Millspaugh, der die iranischen Finanzen neu organisieren hätte sollen. Unter Mossadegh wurde 1952 die Einmischung Englands in die Ernennung von Gouverneuren im Iran dokumentiert, was England dazu brachte, mit den USA zusammen gegen Mossadegh vorzugehen. Der Plan war, dass die Weltbank die iranische Erdölindustrie kontrollieren sollte. Iran lehnte ab. Wieder liess England Truppen aufmarschieren und drohte mit dem Einmarsch. Iran wurde durch die USA und England boykottiert, weshalb der Ölverkauf fast auf Null zurückging und damit ebenfalls die Haupteinnahmen Irans. Heute weiss man aus Geheimdienstunterlagen, dass Kermit Roosevelt 1953 einen Staatsstreich der CIA lenkte und dabei 1 Million Dollar zur Verfügung hatte. Mit denen bezahlte er die verarmenden Massen im Süden Teherans für organisierte Protestmärsche und bestoch Zeitungen, die falsche Schlagzeilen brachten. So konnte der Zugriff auf den Iran erhalten werden. Mossadegh musste zurücktreten und der kurzzeitig geflüchtete Schah Mohammed Reza Pahlevi wurde wieder eingesetzt. Man behauptete der Weltöffentlichkeit gegenüber im Kalten Krieg, man hätte die Kommunisten verhindert. Diese jedoch hatten Mossadegh sowohl von aussen als auch über die kommunistische Tudeh-Partei im inneren ebenfalls boykottiert. Es war eine Demütigung des Volkes. Diese Erfahrung blieb als Groll gegen den Westen zurück, der nach Jahrtausenden monarchischer Herrscher als offizieller Verfechter der Demokratie die erste demokratische Regierung im Iran niedergeschlagen hatte. Diese demokratische Bewegung erreichte trotzdem, dass die Gewinne verschiedener Ölgesellschaften und der National Iranian Oil Company geteilt wurde.

Die USA gab nach dieser Eingliederung des Irans in seine Interessenssphäre grosszügige Militärhilfe an den Schah, der die Armee modernisierte und vergrösserte. Ebenfalls half die USA zusammen mit dem israelischen Mossad dem Iran dazu, einen immer grösser werdenden Geheimdienst aufzubauen, den SAVAK, der alle politischen Gegner des Schahs einsperrte, folterte, ermordete oder vertrieb. 1975 bis 1978 wurden nach Angaben von Amnesty International 2 Menschen pro Tag offiziell verurteilt und hingerichtet.

Die massive Unterstützung des Schahs durch die USA führte nach der Revolution im Frühjahr 1979 dazu, dass die amerikanische Botschaft ab November 444 Tage besetzt gehalten wurde. Fast alle späteren führenden Kader der islamischen Republik rekrutierten sich aus dieser Gruppe von Botschaftsbesetzern. Die Forderungen waren, dass der Schah für einen Prozess in den Iran zurückkehrt, das riesige Auslandsvermögen, das der Schah den Iranern genommen hatte, zurückzugeben, die USA ihre Einmischung im Iran beenden und sich für ihre früheren Verbrechen entschuldigen. Die USA wollten davon nichts wissen. Ein Überfall der USA im Iran zur Befreiung der Geiseln misslang, was das Selbstbewusstsein der Iraner stärkte.

Der inszenierte 1. Golfkrieg

Die USA bot dagegen den Irak auf, der mit massiver Militärhilfe der USA den Iran 1980 angriff und 800 Kilometer weit in den Iran eindrang, was den Verlust fast aller Ölquellen Irans - in Chuzistan - und damit dessen wirtschaftlichen Niedergang bedeutet hätte. Der Iran war militärisch schwächer, weil die meisten der sehr modernen Waffen nur mit US-Beratern bedient werden konnten. Die USA strich Saddam Husseins Irak extra von der Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten. Irak erhielt sogar Bilder von US-Satelliten und ebenso Produkte, die auch für chemische Waffen nutzbar waren, welche gegen die Kurden und gegen die Iraner eingesetzt worden sind. Die Folge dieses

militärischen Angriffs Iraks auf Iran war, dass die Islamisten im Iran einen grossen Teil der Opposition ausschalten konnte, die mit der Revolution keinen islamischen Staat errichten wollten. Zum einen wollten sehr viele ebenfalls den irakischen Angriff abwehren. Ein alter Kampf zwischen Schiiten und Sunniten wurde wieder virulent gemacht. Die neuen Herrscher konnten ihre repressiven Massnahmen mit der Bedrohung im Krieg rechtfertigen, der 8 Jahre lang dauerte. Die Scharia ersetzte so viel einfacher die bisherigen Strafgesetzbücher, Schulbücher bis hin zu Kochbüchern wurden umgeschrieben, um den Einfluss des Westens auszulöschen, Standgerichte gab es in ganz Iran.

Die Zigtausenden von Gasleichen ganz junger Jugendlicher am Ende des Krieges 1980 bis 1988 blieben den Iranern im Gedächtnis haften. Sie wurden gegen die überlegenen Iraker mit einer Märtyreriologie des geistlichen obersten Staatsführers, Ayatollah Khomeini, in den Stellungskrieg geschickt. Da der überlegene Irak zurückgedrängt worden ist, bewies diese Märtyreriologie ihren Erfolg gegen eine weit überlegene Grossmacht, was für die zukünftige Strategie der islamischen Kämpfer gegen den neuen Kolonialismus fatal war. Die USA handelte aber auch mit Waffen an den Iran, was später im Skandal Irangate zum Vorschein kam. Die Folge der islamistischen Machtübernahme waren die Flucht von etwa 1 Million Iranern in die Emigration. Zum einen wegen der Beschränkung der Meinungsfreiheit, wegen der Repression bis zu Folter und Ermordung von Regimegegnern, die teilweise nur eine sogenannte westliche Lebensweise weiterführen wollten. Zum anderen weil die Emigranten ihre Söhne nicht im Krieg verlieren wollten. Die Emigrierten bildeten einen grossen Teil der gebildeten Schichten, was zum Beispiel die Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi verzweifeln liess: Mit wem sollte dann noch eine demokratische, aber freie Gesellschaft aufgebaut werden?. Wegen des Krieges wurden die Universitäten jahrelang geschlossen. Die Kritik am islamischen Staat wurde geringer.

Die Uno protestierte nicht gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz von chemischen Waffen des Irak, wohingegen der Krieg gegen den Irak 1991 und 2003 mit dem Besitz genau dieser Waffen begründet wurde, als diese gar nicht mehr vorhanden waren. 1988 schossen die USA ein Passagierflugzeug der Klasse Airbus mit Iranern an Bord mit einer wärmesuchenden Rakete ab und behaupteten, sie hätten diese nicht von einem Militärflugzeug unterscheiden können. Danach wollte auch Khomeini einen Waffenstillstand, nachdem er vorher versucht hatte, nicht nur das eigene Land zurückzuerobern, sondern zusammen mit den irakischen Schiiten auch Teile des Iraks einzunehmen. Das war jedoch misslungen. Etwa 500 Milliarden Dollar Volksvermögen - vor allem aus Ölverkäufen, wurden mit diesem Krieg in beiden Ländern verschwendet und landeten zum grösseren Teil bei den Waffenverkäufern aus westlichen Ländern. Nach Beendigung des Krieges wollte - in Verkennung der Lage - eine kommunistische Widerstandsgruppe vom Irak aus das iranische Regime stürzen. Kaum einer schloss sich am Ende des Krieges diesen Umstürzern an. Dieser Umsturzversuch bot dem Regime Anlass, die gesamte iranische Opposition noch stärker zu verfolgen.

Warum haben die Islamisten einen so grossen Einfluss im Iran?

Zu beachten ist, dass sich im 19. Jahrhundert die schiitischen Geistlichen immer unabhängiger vom Staat machten. Viele Geistliche befanden sich zudem ausserhalb des Irans im Irak an den schiitischen heiligen Stätten. Sie besaßen eigene Einkünfte aus Stiftungen. Diese Heiligtümer waren Zentren der Agitation. Die Haupttrichtung der Schiiten, die Zwölferschia, hatte ursprünglich das Ziel, einen legitimen Nachfolger des Propheten an die Spitze der muslimischen Gemeinschaft zu stellen, solange sich der 12. Imam, der Nachfolger Mohammeds, verborgen hält - um damals einer Ermordung zu entgehen. Traditionell war diese Haltung unpolitisch. Intellektuelle ab Mitte des 19. Jahrhunderts, die der kulturellen Überfremdung und der wirtschaftlichen Ausbeutung gegenübertraten wollten, suchten nach einem Weg, mit dem Islam eine Bewegung gegen die ausländische Einflussnahme aufzubauen. Vor allem ein Agitator, Dschamal ad-Din al Afghani, war

entscheidend für einen Umbau des schiitischen Islam zu einer Ideologie für den Kampf gegen die Einflussnahme der Grossmächte. Dieser Theoretiker war ein Streiter für den Panislamismus, der eine geistige Einheit sei, wendete sich also gegen den jahrhundertelangen tödlichen Kampf von Sunniten und Schiiten, um so gemeinsam gegen die christlichen Besatzungsmächte vorgehen zu können. Al Afghani war kein systematischer Denker. Er unterwies seine Anhänger aber unter anderem auch im organisierten Widerstand. Es entstand die Idee, dass nur wissenschaftlich geschulte Gelehrte gültige autoritative Entscheidungen treffen können. Nur Mutschahids auf arabisch oder Ayatollahs auf persisch waren befugt, die Aufgaben des verborgenen Imams an seiner Stelle wahrzunehmen. Das stand im Gegensatz zum traditionellen Schiitentum, das keine oberste religiöse Instanz gekannt hatte. Es war aber eine logische Konsequenz aus dem Bemühen, die im Volk fest verankerte Religion zu einer Widerstandsideologie mit geschulten Organisatoren umzubauen. Schüler von Al Afghani waren Dschalal Al-eAhmad 1923 -1969 und Ali Schari ati 1933-1977, die forderten, sich auf die eigenen Werte zu beziehen. Die Theorie war, dass die Religion der einzige noch nicht befallene kulturelle Wert sei, auf den man sich für eine Erneuerung beziehen könnte. Das Buch mit dem Titel, Gharbzadegi 1952, führte dazu, dass sich Linke und Islamisten zusammenfanden, gegen die blinde Nachahmung des Westens vorzugehen, und das Volk auf die eigenen Wurzeln zu verweisen. Al -e Ahmad trat gegen die kulturelle Kolonisierung Irans an und entwickelte die Konzeption eines kämpferischen dynamischen Islams. Diesen sah er in der idealen Urgemeinde der Zeit Mohammeds und Alis verwirklicht, interessanterweise zu einer Zeit, als andere Denker im Westen das Christentum ähnlich auf eine sogenannt revolutionäre christliche Urgemeinde hinführen wollten. Al-e Ahmad behauptete, die Schia des Anfangs wäre revolutionär gewesen, weil sie für Gerechtigkeit eintritt und gegen Unterdrückung und dafür Fremdherrschaft, despotische Willkür und die Ausbeutung bekämpft. Erst später sei das Märtyrertum durch die Trauer der Muharramfeiern ersetzt worden. Schari ati forderte auf, selbst die Stellvertretung des verborgenen Imams zu übernehmen, um hier ein Reich der Gerechtigkeit aufzubauen. In diesem Sinn verloren die Mutschahids ihre herausgehobene Position. Sie sollen nur noch die Rolle der Organisatoren des Kampfes einnehmen. Und dieser benötigt Kämpfer, die sich als Märtyrer verstehen, sich direkt mit ihrer eigenen Aufopferung gegen die Unterdrückung und Fremdherrschaft, und damit für die Verbreitung des Islam in den Himmel katapultieren. Aus dieser ideologischen Mischung heraus verbündeten sich die verschiedenen Oppositionsgruppen von Links bis zu den revolutionären Muslimen, was sich in der ganzen neueren Geschichte des Irans niederschlug.

Man könnte die neuere Geschichte Irans als Auseinandersetzung zwischen 2 Gruppen lesen. Die einen wollten sich auf die vorislamische iranische Tradition berufen, um das Land nach westlichem Muster zu reformieren. Das beinhaltete jedoch gleichzeitig meistens, sich den überlegenen Grossmächten anzuhängen. Die Gegner der westliche Einflussnahme versuchten, den Islam für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren, um dadurch die Volksfront zu vergrössern. Das Risiko dabei war, dass der traditionelle Islam gestärkt werden würde, wie wir es heute auch sehen.

Durch die zunehmende wirtschaftliche Einmischung in die inneren Verhältnisse Irans seit dem 19. Jahrhundert und durch die beschriebene Neuausrichtung des Islam bekamen die Geistlichen eine nationale Rolle. Sie wehrten sich gegen den Einfluss des Westens und gegen die 2500 Jahre alte Monarchie, die diesen Einfluss unterstützten und gründeten deshalb 1979 auch eine Republik. Im Jahr 1906 unterstützten sie den Aufstand für eine eigene Verfassung, in der dann kurz danach eingebaut wurde, dass die Imame jeden der Parlamentsbeschlüsse daraufhin untersuchen konnten, ob er der Scharia entspricht.

Ebenso kamen sie im Kampf gegen den Schah wieder zur Geltung. 1963 trat Khomeyni innerhalb der Opposition gegen die Landreformen in der weissen Revolution erstmals offen gegen den Schah

auf. Er erklärte die neureichen Iraner zu Parasiten am Körper des Volkes. 1964 musste er in die Türkei emigrieren und ging 1965 zum Schrein von Nadschaf im Irak, zu dem viele Iraner wallfahrten gingen, über die er mittels Tonbandkassetten zum Sturz des Schahs aufrief. Er erklärte, dass der Islam bedroht sei durch Frauenrechte, durch Zurückdrängen der Geistlichkeit, durch Prasserei und Anpassung an den Westen. Andere Oppositionelle übersahen systematisch alle darin enthaltenen Angriffe auf die Menschenrechte, weil sie sich auf den Sturz des Schahs mithilfe der Islamisten geeinigt hatten. Ab 1978 führte Khomeyni seine Agitation von Paris aus fort. Anfänglich zeigte er sich nur als Integrationsfigur, um den Schah zu stürzen, versprach demokratische Freiheiten, wollte das Gesellschaftssystem beibehalten, forderte die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Erst kurz vor der Revolution im Herbst 1978 begann er einen Gottesstaat zu fordern. Schon im Februar 1979 errichtete er eine Islamische Republik. Revolutionsgerichte führten Säuberungen in Verwaltung, Armee und Geheimdienst durch. Eine Volksbefragung im März 1979 brachte 97 % Zustimmung zu einer Islamischen Republik. Anfang Dezember wurde eine neue Verfassung durch Volksabstimmung gebilligt, bei der jedoch schon 40% trotz Repression nicht abgestimmt hatten. Sie wollten keine Herrschaft der Rechtsgelehrten, keine direkte Regierungsgewalt für den am besten qualifizierten Rechtsgelehrten und auch sonst kein Gremium von Rechtsgelehrten, die stellvertretend für den verborgenen Imam herrschen. Die konservativen Geistlichen leisteten lange Widerstand gegen die politische Interpretation des Islam und die tatsächliche Ausübung politischer Herrschaft,

Wir stellen also fest, dass eine systematische Verknüpfung des Islam mit einer revolutionären Bewegung stattgefunden hat. Wenn wir das untersuchen, wurde der Islam zu einem Instrument umfunktioniert, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren, weil sich der Westen mit seinen Errungenschaften vor allem als koloniale Macht gebärdete und keine demokratische Alternative aufbauen wollte oder konnte. Die eigenen Machtansprüche im Westen und der Reichtum, der auch durch die billig gehaltenen Rohstoffe und der Verhinderung eigener Industrie in den Entwicklungsländern entstand, waren einflussreicher auf die Politik als die auch im Westen nur mühsam erkämpften Volksrechte.

Der Islam wurde dazu benutzt, das Volk auf die Seite der Revolutionäre zu bringen, die eigentlich anderes im Sinn hatten. Wir müssen also davon ausgehen, dass die marxistische Theorie die Religion nutzen wollte, um die Menschen auf ihre Strategie der Machtergreifung zu verpflichten.

Wir müssen auch noch berücksichtigen, dass es in der Geschichte des Irans nur sehr kurze Momente gab, in denen es nicht despotisch zu und herging. Es gab also seit langem immer wieder heftige Repressionen, was den Aufbau freier Zusammenschlüsse, also einer Zivilgesellschaft oder einer Bürgergesellschaft sehr erschwerte. Wir müssen aber auch bedenken, dass zum Beispiel der Präsident Rafsandschani die Zivilgesellschaft frei liess und diese sich schnell entwickelte, als die freien Zusammenschlüsse nicht blockiert wurden.

In den letzten Jahren ist eine neue Entwicklung eingetreten. Ein ehemaliger Anhänger der iranischen islamistischen Revolution, Abdolkarim Soroush, hat in verschiedenen Büchern dargestellt, dass der Islam unveränderbar sei und auf ihm deshalb kein moderner Staat aufgebaut werden könne. Um in der Welt leben zu können, müssten die Menschen ihren Verstand, die Wissenschaft, die Vernunft zu Rate ziehen. Bahman Nirumand schliesst aus dem Erfolg dieses Autors und anderer Autoren, dass auf solchen Überlegungen auch eine andere Gesellschaftsverfassung im Iran entstehen könnte

Weshalb unterstützen heute ein grösserer Teil der Mittelschicht in Teheran die Rückkehr der Pahlavi-Dynastie

Es erstaunt, dass es heute im Iran viele Leute gibt, die den Schah zurücksehnen. Das machen sich die USA zunutze, indem sie über Voice of America den in den USA lebenden Sohn des letzten Schahs den Iranern als Alternative vorstellen. Die Gründe dafür liegen zum einen daran, dass viele Iraner, vor allem die Intellektuellen und die Mittelschichten, in ihrem täglichen Leben massiv eingeschränkt werden. In sehr vielen Familien gibt es zudem Mitglieder, die gefoltert oder getötet worden sind, nur weil sie sich nicht an die islamischen Vorschriften halten. Viele finden, unter dem Schah seien wenigstens nur politische Gegner ins Gefängnis gewandert und die anderen konnten ihr tägliches Leben leben. Weiter glauben sie, dass nur im Königshaus und in der iranischen Tradition vor dem Islam eine Alternative zu den revolutionären republikanischen Islamisten zu finden sei. Auch erklären sie, dass die Schahfamilie den Iran wirtschaftlich und kulturell vorangebracht hätte und die mittelalterlichen Denkweisen überwunden hätten. Woran denken diese Menschen?

Die Pahlevi - Dynastie

Reza Khan von den Kosakenbrigaden wurde im Februar 1921 neuer Premier durch einen von den Engländern geplanten Staatsstreich. Reza Khan als Kriegsminister reorganisierte die Streitkräfte, warf Aufstände nieder, unterwarf die fast unabhängigen Machthaber in den Provinzen, ermordete Demokraten. Bei einem zweiten Staatsstreich 1923 wurde er selbst Premier. 1925 setzte das Parlament den letzten Herrscher Ahmad ab und Reza Khan begründete eine neue Dynastie ab 1926 - die Pahlevi. Der Name nahm Bezug auf eine vorislamische Hochsprache Irans. Das sollte Programm sein: der Rückbezug auf die vorislamischen Traditionen Irans. Er stärkte die Zentralregierung durch verschiedene Massnahmen, die sich bis heute auswirken: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, landesweite Vereinheitlichung von Massen und Gewichten, Einführung von Familiennamen und Geburtsurkunden, Verwendung der Einnahmen aus dem staatlichen Tee- und Zuckermonopol für den Bau der Transiranischen Eisenbahn. Als Schah eingesetzt, löste er alle Kapitulationen auf, also alle Verträge mit anderen Staaten, die den Iran abhängig gemacht hatten – insbesondere mit England und der Sowjetunion. Er stellte die Souveränität des Iran wieder her, was ihm grossen Zuspruch brachte. Es gab den Bewohnern wieder das notwendige Selbstwertgefühl und heilte wieder einen Teil der Demütigungen aus, die die stolzen Anhänger einer alten Kultur so stark getroffen hatten.

Reza Khan war ein Despot, das Parlament war lediglich demokratischer Schein: Er wollte Iran ähnlich wie Atatürk in der Türkei modernisieren, indem er den Iran zu einem fortschrittlichen säkularen Nationalstaat nach europäischem Vorbild machte. Zudem liess er von 1926-1938 die Transiranische Eisenbahn bauen, setzte viel Geld für den Strassenbau und für die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie ein. Der Schah stärkte die nationale Industrieproduktion, die im 19. Jahrhundert durch Steuerbefreiung für ausländische Firmen zerstört worden war. Zwischen 1931 und 1937 wurden 8 Zuckerraffinerien, vier moderne Textil-, Waffen und Tabakfabriken errichtet. Die deutsche Industrie errichtete eine Eisen- und Hüttenindustrie.

Im weiteren baute der Schah ein Rechtssystem nach europäischem Muster auf: Ab 1925 galt ein Handelsrecht, ab 1926 ein Strafrecht und ab 1928 ein Zivilrecht. Die Säkularisierung ging noch weiter, indem er auch das Bildungswesen durch ein Netz staatlicher Volksschulen ausbaute und damit den Einfluss des Islams zurückdrängte. 1935 eröffnete die erste Universität, zudem förderte Reza Khan das Auslandsstudium iranischer Studenten, was den meisten islamischen Gelehrten nicht gefiel. 1935 wurde ein Frauenzentrum gebildet, in dem die unabhängigen Frauenvereinigungen zusammenfanden. Sie sollten mithelfen, die Rechte der Frauen gegen die Geistlichkeit durchzusetzen.

Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung waren Nomaden, was dem Bestreben des Schahs nach Zentralisierung zuwiderlief. So wurde ab 1927 die Autonomie abgeschafft und die Sesshaftigkeit erzwungen, was zu grossen Epidemien, zu Hunger und Tod führte. Die Nomaden mussten ihre

Waffen abgeben, was zu vielen Aufständen führte, die blutig niedergeschlagen wurden.

1930 kam es wie in der ganzen Welt wegen Börsenspekulationen zu einer grossen Wirtschaftskrise, die nach Aussagen der zwei ausländischen Finanzberater der Regierung auch durch die hohen Ausgaben für die Armee mitbedingt war. Die Steuern wurden verfünffacht und die Reserven verbraucht. Reza Khan übertrug die Emission von Noten weg von den Engländern auf die iranische Nationalbank. 1933 erreichte er einen Abschluss eines Nachfolgevertrages mit der englischen Firma APOC - allerdings für weitere 60 Jahre zur Ausbeutung des Öls. Damit verbesserte er den Einfluss des Iran auf die eigenen Ölfelder gegenüber einem Vertrag von 1901, der dem Iran lediglich 15 % des Gewinns zugestanden hatte. Die APOC hatte jedoch an andere Firmen Konzessionen vergeben, die nichts dem Iran abgeben mussten. Im neuen Vertrag durften keine Konzessionen an Dritte weitergegeben werden, 20% des Gewinns erhielt von da an der Iran, das Personal musste iranisiert werden. Dieser Vertrag wurde ausgehandelt, obwohl oder weil England schon mit Kreuzern aufgefahren war und drohte, einzumarschieren.

1929 machte Schah Reza Khan die westliche Kleidung für Männer obligatorisch. 1936 wurde islamische Frauenkleidung verboten, was jedoch nicht durchsetzbar war. Weiterhin wurden die wochenlangen Trauerfeiern, die Muharramfeiern verboten, die berufliche Tätigkeit der Geistlichen wurde auf rein religiöse Bereiche begrenzt. Nur der religiöse Stand durfte traditionelle Kleider behalten, d.h. die Stellung der Geistlichen wurde unterminiert, was deren Widerstand hervorrief.

Die aufkommende eigene Industrie und die grossen Baustellen erforderten eine neue Mobilität und führten zu einem immensen Wachstum der Städte. Der Anspruch auf einen gerechten Lohn stieg ebenfalls. 1936 wurde jedoch ein Streikverbot eingeführt, denn durch die Streiks hatten die Arbeiter zuvor bessere Arbeitszeiten erzwungen, was den Unternehmern nicht gefiel. Der Schah wollte sich zudem von England und der Sowjetunion unabhängiger machen, stiess bei den USA auf taube Ohren, nicht jedoch beim nationalsozialistischen Deutschland. 1937-38 stand Deutschland bei den Importen nach Russland an 2. Stelle. Der Wirtschaftsvertrag mit der Sowjetunion wurde nicht verlängert, so dass 1940 45% der Importe aus Deutschland kamen,

Im 2. Weltkrieg erklärte sich Iran wieder neutral, was nicht respektiert wurde. Im August 1941 marschierten britische und sowjetische Truppen ein und zwangen den Schah zur Abdankung. Sowjetische Truppen wurden wieder über und vom Iran aus versorgt, was wiederum im Iran eine Hungersnot hervorrief. Der Sohn des Schahs Mohammad Reza Khan wurde auf den Thron gesetzt. Dieser ging eine Zweckheirat mit Soraya ein. Deren Grossvater war der Beherrscher des unruhigen Südostens des Landes. Sie heirateten, obwohl sein Vater 2 Onkels von ihr ermordet hatte.

John F. Kennedy machte während seiner Amtszeit Druck auf das despotische Regime, weshalb 1960 eine kurze Phase der Liberalisierung im Iran sichtbar wurde. Der Schah führte die sogenannte weisse Revolution ein, die zu einer Bodenreform und landwirtschaftlichen Genossenschaften führen sollte. Der offen ausgesprochene Sinn davon war es, den Anteil der Landbevölkerung zu verändern, um ein Industriestaat werden zu können. Die Bauern erhielten also Parzellen als Eigentum, aber ihnen fehlte das Kapital, um die Mittel zur Bearbeitung des Bodens kaufen zu können. Zudem waren sie für eine eigenständige Bearbeitung nicht ausgebildet, was zur Flucht in die Städte führte. Die Arbeiter sollten teilweise am Betriebsgewinn der Unternehmen beteiligt werden. Zum Ärger der Geistlichen erhielten die Frauen 1962 das aktive und passive Wahlrecht, 1966 schlossen sich unter dem Patronat der Schahschwester 55 Frauenvereinigungen zusammen, die verschiedene Frauenanliegen durchsetzten: Heraufsetzung des Mindestalters fürs Heiraten, Erleichterung der Scheidung, Legalisierung der Abtreibung und die Zustimmung der ersten Frau bei einer Mehrehe des Mannes sowie die Möglichkeit, in allen Berufen tätig zu sein. Die Opposition wehrte sich gegen die weisse Revolution, was 1963 zu grossen Unruhen führte, die mit mindestens 4000 Toten blutig niedergeschlagen wurde. 1964 erhielten die amerikanischen Militärberater diplomatischen Status. Ab 1966 gab es offiziell eine Zensur, vorher schon wurden Bücher beschlagnahmt, Autoren eingesperrt und erschossen. Damals lagen 60% der bekannten Erdöllager im Iran. Ein westlich

orientierter Iran sollte als Macht im Nahen Osten aufgebaut werden, um die Energienachlieferung zu sichern und das ganze Gebiet für den Westen verfügbar zu machen. Der Iran erhielt von den USA die neuesten Waffen, die sonst nur NATO-Länder oder Israel erhielten, was durch die höheren Öleinnahmen nach 1973 noch besser möglich wurde. Das neue Kriegsmaterial war allerdings oft nur mit Hilfe und Zustimmung der USA einsetzbar. 1970 bis 1973 brauchte der Iran 50% der Erdöleinnahmen für das Militär, 1974 gingen 50% aller Waffenausfuhren der Welt in den Iran.

Der Iran spielte seine ihm zugeordnete Rolle. 1976 marschierte er in Oman ein, um mit seiner Armee gegen kommunistische Aufständische vorzugehen und so die Enge von Hormuz im Persischen Golf für die Durchfahrt von Öltankern in den Westen zu schützen.

Die Idee der Demokratie war deshalb im Iran schwer beschädigt, weil der Westen wegen seiner Machtpolitik autokratische Regime unterstützte. Die Repression entfremdete die westlich orientierten Iraner. Die religiöse Opposition in den Moscheen blieb der einzige Weg, um Widerstand zu artikulieren.

Das Wirtschaftswachstum seit den 60er Jahre brachte eine grosse Mittelschicht hervor, die sich von der Politik abwandte und sich dem westlichen Konsumgeist hingab. Die Grundnahrungsmittel jedoch wurden teurer und die Korruption nahm zu, was zu sozialen Spannungen führte.

Die Gegner des radikalen Islam erklären den Sturz des Schahs damit, dass dieser unvorsichtigerweise 1977 erklärt hatte, Iran sei nun militärisch und wirtschaftlich so stark, dass das Land bald so weit entwickelt sein könne wie Grossbritannien und Schweden. Er wollte sich unabhängig machen vom Westen und verlor deshalb dessen Unterstützung.

1978 brach auf breiter Front eine Revolution aus. Im Januar 1979 musste der Schah den Iran verlassen und Ayatollah Khomeyni kam an die Spitze des neuen islamischen Staates. Ayatollah heisst, das Zeichen Gottes, und ist ein höherer Ehrentitel.

Warum akzeptieren so viel Iraner ein despotisches Regime?

Das Regime des Schahs Mohammed Reza Khan war folgendermassen aufgebaut: Er selbst stand an der Spitze des Staates, danach folgte ein Sonderbüro des Schah von 15 Leuten. Als 3. gab es ein Kaiserliches Inspektorat, das weitgehende Vollmachten besass - zum Beispiel die Kontrolle über den Geheimdienst. Erst an 4. Stelle folgte die Regierung, die durch den Schah auswechselbar war. An 5. Stelle erst kamen die Mitglieder von zwei parlamentarischen Kammern, die Madjiles und der Sena, die durch Scheinwahlen hervorgerufen worden waren, denn der SAVAK suchte die Mitglieder vorher aus.

Auch die heutige Islamische Republik ist ähnlich aufgebaut. Die höchste Autorität im islamischen Gottesstaat ist der am besten geeignete Rechtsgelehrte oder ein Gremium von Rechtsgelehrten, die als Stellvertreter des verborgenen Imams die Herrschaft ausüben. Das widerspricht dem traditionellen Schiitentum, das keine höchste Autorität kannte. Nach dem Tod von Ayatollah Khomeyni ist der politische Führer Ayatollah Ali Chamenei. Unter seiner Oberaufsicht liegt die höchste exekutive Gewalt beim Staatspräsidenten, der auch die Regierung leitet. Zur Zeit ist das Ahmadinedjad. Die Legislative ist die islamische beratende Versammlung. Die Beschlüsse des Parlaments müssen vom Wächterrat überprüft werden. Der 12köpfige Wächterrat ist paritätisch mit geistlichen und weltlichen Juristen (letztere vom Parlament gewählt) bestückt. Er soll auch die Übereinstimmung von Parlamentsentscheidungen mit dem Islam überprüfen. Die Kandidaten für alle Ämter werden vom Wächterrat daraufhin untersucht, ob sie überhaupt geeignet sind, im Gottesstaat eine solche Funktion zu übernehmen, also vom Volk überhaupt gewählt werden können. Die Kontrolle der Bürger geschieht mittels der Pasdaran, die die Lebensgewohnheiten der Bürger daraufhin kontrollieren, ob diese mit der Interpretation des Islam durch der Herrschenden übereinstimmen. Falls nicht, bestrafen sie sofort oder nehmen fest.

1982 wurden alle Gesetze des früheren Regimes ausser Kraft gesetzt, die den islamische Postulaten widersprechen. Auch alle vorrevolutionären Gerichte wurden abgeschafft. 1987 wurden klerikale Gerichte eingeführt und ebenso das System der Vergeltung (kisas), vor allem Schnellverfahren, Mehr als 1000 im Land herumreisende Richter urteilen über Sachverhalte und vollziehen diese sofort. Die Anzahl der Freiheitsstrafen sollen minimiert werden. Diebstahl soll durch Abhacken der Hand, Ehebruch durch Steinigung, Nichteinhalten der Kleiderordnung durch Auspeitschen geahndet werden. Frauen gelten vor Gericht nur noch halb so viel wie Männer, Frauen können nicht Richter werden. Die Revolutionsgarden besitzen heute die halbe Stärke der regulären Armee.

Die starke Unterdrückung durch die Mullahs war schon kurz nach der Revolution 1979 mit Tausenden von Toten verbunden, die Zeitungen waren voll von Hingerichteten, darunter fielen Andersdenkende jeglicher Couleur, später auch solche, die sich nicht an die islamische Lebensweise hielten. Nach dem ersten Staatspräsidenten Bani Sadr ab Ende 1979 bis 1981, der von Fundamentalisten gestürzt wurde, waren bis Ahmadinedjad stets Geistliche Staatspräsident: Ali Chamene i (1981-1989), Ali Akbar Rafsandschani (1989-1997) und Mohammed Chatami 1997 - 2004.

Darüberhinaus gibt es verschiedene Haltungen dem Mitmenschen gegenüber, die einem freien Austausch von gleichwertigen Bürgern und einer demokratischen Entwicklung entgegenstehen.

Der iranische Professor Mohssen Massarat von der Universität Osnabrück weist darauf hin, dass der Zentralismus im Nahen Osten ein wichtiges Konzept ist, das in der Bevölkerung verankert ist. Die Despotie gehört seit langem zum Wesen der Herrschaft im Orient. Die gegenseitige Abhängigkeit wie im Okzident ist geringer ausgebildet. Die Menschen sind sehr schnell bereit, dass einzelne die ganze Herrschaft übernehmen. Die Freiheitsrechte für den einzelnen sind geringer veranschlagt, so dass die Herrschaft von einzelnen selbstverständlicher anerkannt wird. Darüberhinaus darf der einzelne nicht einfach aus der Familienstruktur heraustreten, sondern soll sich innerhalb der Familie und Sippe orientieren und sich innerlich darauf einrichten. Zum Beispiel ist es in den meisten Familien nicht gerne gesehen, wenn zu viel und starke Beziehungen zu Freundinnen oder Freunden gepflegt werden. Das Verhalten des einzelnen darf sich nicht in einem grossen Gegensatz zur ganzen Familie bewegen. Frauen lernen darüberhinaus, gegenüber ihren Männern zu schweigen, auf deren Entscheidungen zu warten und diese zu akzeptieren. Shirin Ebadi meint dazu, dass die Iraner daran gewöhnt seien, dass der Mann mehr ist als die Frau. Die Frauen warten auf den Mann, stehen ihm zu Diensten. Sie haben ein geringes Selbstbewusstsein, wenn es um die Frage geht, wie ein Sachverhalt zu sehen ist, was nicht bedeutet, dass unter Frauen an den Männern kein gutes Haar bleiben kann. Es scheint, dass die Partnerschaft zwischen Mann und Frau anders definiert ist als im Okzident. Frauen besprechen sich vor allem mit Frauen innerhalb der Familie und Männer mit Männern, weshalb ein inniger Austausch zwischen Mann und Frau oftmals weder vom Mann noch von der Frau angestrebt wird. Die Familienbande werden auch dadurch enger geknüpft, dass die - wichtige - Ehre des Vaters darin sichtbar wird, dass die Töchter sich tugendhaft benehmen, nicht nur wenn sie im eigenen Haus wohnen, sondern auch in späteren Jahren. Die Auswahl des Ehepartners ist eng damit verbunden, zu welcher Familie man tatsächlich in einen intensiven Austausch kommen will.

Frauen und Männer lernen, die Entscheidungen älterer Menschen hinzunehmen und nicht dagegen zu opponieren. So lernen Jüngere, ohne äusserlich sichtbare Emotionen, die Vorgaben der Eltern und anderer Autoritäten zu akzeptieren und damit zu leben. Shirin Ebadi weist darauf hin, dass es in den Beziehungen unter Iranern überhaupt verpönt ist beziehungsweise als unmoralisch gilt, die Realität schonungslos darzulegen, auch nicht unter Freunden. Man lernt deshalb kaum, eine Bitte direkt anzubringen, sondern die eigenen Probleme nur anzudeuten, so dass der andere merken kann und auch muss, was man braucht. Dieser kann, wenn es sich von seiner Position in der Familie her als notwendig erweist, darauf eingehen ohne direkt das Gesicht zu verlieren, wenn er es nicht

macht. Man muss so keine Bitte direkt abschlagen. Gleichzeitig kann man es sich aber auch nicht leisten, dauerndes Wehklagen einfach zu ignorieren. Oft wird das eigenen Anliegen auch von einem anderen Familienmitglied vorgebracht, meist nicht als direkte Bitte, sondern als Schilderung eines Problems. Die engen Familienbande führen dazu, dass jede Zusammenarbeit mit anderen immer die ganze Familie betreffen und in der Familie diskutiert werden müssen. Es geht dabei oft um die Frage, inwieweit man sich dann mit dem ganzen anderen Familienclan verbindet oder nicht, was jeden Versuch von einem freien Zusammenschluss zu einer langfristigen Abhängigkeit verschiedener Familien voneinander macht und deshalb gut überlegt sein muss. Gegenseitige Hilfe als selbstlosen Akt, der beim anderen Dankbarkeit auslöst, scheint es weniger zu geben. Es gibt mehr Verpflichtungen, die aufgrund der Altersstellung oder dem Geschlecht ausgeführt werden sollten. Sie sind dann selbstverständlich und verdienen keiner emotionalen Dankbarkeit, aber Verpflichtung, den anderen Familienmitgliedern in gleicher Weise beizustehen. Die Annahme eines Angebotes zur Hilfe, ohne eine gleiche Gegenleistung führt zu einer Abhängigkeit, die deshalb nicht ohne weiteres eingegangen wird, auch wenn man in Not ist. Aufgrund verschiedener solcher moralischer, kulturell verankerter Gefühlshaltungen und Verhaltensweisen ist es schwer, in einem demokratischen Diskurs frei die Meinungen abzuwägen und zu diskutieren beziehungsweise überhaupt Fragen aufzuwerfen, die für freie Zusammenschlüsse als Grundlage demokratischer Strukturen grundlegend sind.

Verschiedene Phasen der Islamischen Republik

Nach dem Tod von Khomeyni wollte Rafsandschani ab 1989 eine vorsichtige Liberalisierung des öffentlichen und kulturellen Lebens einführen, z.B. weniger Pressezensur. Er wollte und musste westliche Investitionen ins Land holen, weil der Krieg wie immer das Land ausgeblutet hatte. Aber das Vertrauen der westlichen Unternehmer war nicht da: es wurden nur Waren in den Iran geliefert. Die Importe mussten eingeschränkt werden. Zusammen mit der Inflation und Arbeitslosigkeit führte dies zu Streiks und sozialen Unruhen. Wieder waren es die Islamisten, die die Unruhen anführten und so wieder mehr Einfluss bekamen, unter anderem wieder mehr Pressezensur und Verbot der Satellitenschüsseln.

1994 forderten 134 Autoren Meinungs- und Vereinsfreiheit, einige wurden getötet, aber nicht mehr hingerichtet, sondern bei Einbrüchen oder auf der Strasse erschossen, bei Unfällen, oder durch Herzinfarkt oder in Einzelzellen, in denen der Mord ohne Beweise durchgeführt wurde.

1995 verbot Clinton jeden Handel mit dem Iran und finanzielle Transaktionen. Japan und die EU nahmen an diesem Boykott nicht teil, weil sie Beweise hatten, dass die USA selbst keinen Handelsboykott machte. Sie wollten einen kritischen Dialog mit dem Iran führen. 1996 sollte ein Sanktionsregime eingeleitet werden, auch um die Ausbeutung der Ölvorkommen des Iran zu bremsen. Es gab und gibt bis heute Massnahmen gegen Ölfirmen, die im Iran zu viel investieren.

1997 wurde Khatami zum Staatspräsident gewählt, der eine islamische Demokratie versprochen hatte. Das führte zu einer ähnlichen Stimmung wie nach der Revolution. 1998/99 war die Meinungs- und Pressefreiheit sehr gross. Im Juli 99 wurde die Zeitung Salaam verboten, was zu einer Massenerhebung führte. Die Parlamentswahlen 2000 ergaben eine grosse Mehrheit für Reformkräfte, aber die Macht war in der islamischen Republik in den Händen der religiösen Führer, denen Polizei, Geheimdienst und Militär unterstehen, vor allem die Revolutionsgarden, die inzwischen genauso viele Bataillone haben wie die offizielle Armee. Ab April 2000 wurden mehr als 100 Zeitungen verboten. 2001 wurde Khatami wiedergewählt. Im Juni 2003 gab es 6 Tage lang einen Aufstand gegen das Regime. 4000 Studenten sind damals verschwunden. 2003-2005 wurde ein reformorientiertes Parlament gewählt. 2004 gewannen die Konservative die absolute Mehrheit in Majlis. Viele Kandidaten waren vorher vom Wächterrat als Kandidaten abgelehnt worden. Im Juni 2005 wurde Ahmadinejad gegen Rafsandschani gewählt. Er gewann mit Themen wie Korruptionsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit. Die Bedrohung durch den Westen liefert den Islamisten starken Zulauf und schwächt die Opposition gegen die Despotie.

Auswege aus dem Konflikt Iran-USA

Es ginge in diesem Konflikt darum zu erkennen, wer welche Interessen mit welcher Legitimität hat. Dafür braucht es wie in vielen heiklen Fällen einen neutralen Makler, der sich nicht zum Verbündeten einer Seite macht. Je mehr Länder sich als Verbündete der USA zu robusten Friedenseinsätzen, also Krieg gegen ein Land, drängen lassen oder sich aufdrängen, umso weniger neutrale Makler gibt es auf der Welt und die Diplomatie hat es schwerer. Die Schweiz als Probemitglied der Nato in der Partnerschaft für den Frieden wird bald ebenso ausfallen, wenn sie sich nicht schnell eines Besseren besinnt. Wer soll dann als vertrauenswürdigen neutrales Land noch vermitteln können?

Im vorliegenden Fall ginge es unter anderem darum, wie auch Professor Mohssen Massarat darlegt, dass der Iran seine Energieversorgung von Öl und Gas unabhängig machen will. Das könnte in einem sonnenreichen Staat teilweise auch mit Sonnenenergie gehen, würde man eine solche Alternative bieten. Auch die EU kommt bis jetzt nicht auf solch eine Idee.

Es geht weiter darum, dass der Iran Sicherheitsgarantien haben will, unter anderem, dass er nicht von Israel und den USA angegriffen wird. Dafür müsste man Israel dazu bringen, die illegalen Atomwaffen zu verschrotten. Israel müsste von seinem Geldgeber und Förderer USA dazu gebracht werden, die Drohungen an andere Länder einzustellen und auch keine Überfälle mehr auszuführen, also sich ans übliche, von der Vernunft gesicherte Recht zu halten. Israel müsste ebenfalls Garantien bekommen, dass es nicht überfallen wird. Zudem müsste der Boykott Irans aufgehoben werden, der seit Jahrzehnten von den USA gegenüber dem Iran aufrechterhalten wird und der diesen demütigen soll..

Shirin Ebadi weist im weiteren darauf hin, dass die Demokratie im Iran nicht mit Anstiftung zum gewaltsamen Aufstand kommen kann. Die Rechte der Bürger können besser geschützt werden, wenn es keinen militärischen Druck gibt. Wie wir bemerken könne, gibt es auch in der Islamischen Republik viele Unzufriedene, die gelernt haben, ihre Familie nicht zu gefährden und auszuharren. Allerdings so lange, bis der Moment gekommen ist, als ganze Familienclans einen neuen Weg zu beschreiten. Wir erkennen auch, dass es sofort zu einem Ausbau der Zivilgesellschaft kommt, wenn dies möglich ist. Bahman Nirumand weist in seinem Buch „Iran – die drohende Katastrophe“ darauf hin, dass sich die Opposition im Iran fast vollständig auf die Menschenrechte beruft und nicht ideologisch motiviert ist. Die Einmischung ins Privatleben kann sich das Regime im Iran nicht mehr leisten. Die Mehrheit der Menschen hält sich im Privaten nicht an die Vorschriften. Auf diese Kräfte innerhalb der iranischen Gesellschaft sollte bauen, wer eine freiheitliche und selbstbestimmte Entwicklung aller Völker befürwortet. Die Störung und Zurückbindung dieser Kräfte durch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten und durch militärische Drohungen muss von demokratisch gesinnten Zeitgenossen in er ganzen Welt verhindert werden. Die Usa dürfen nicht einen ihnen genehmen Schahsohn gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen wollen – auf Kosten eine freieren Entwicklung dieser Gesellschaft. Wie in anderen Ländern auch ist es von besonderer Wichtigkeit, die Beziehungen von einzelnen Menschen und Organisationen zum Iran zu verstärken und die Entwicklung von eigenständigem Denken und von Selbstorganisation zu verstärken.

1 Monika Gronke Geschichte Irans. Von der Islamisierung bis zur Gegenwart, C.H.Beck 2003

Abdol Hossein Behrawan. Iran: Die programmierte Katastrophe. Anatomie eines Konflikts. Fischer 1980

Shirin Ebadi. Mein Iran, Pendo, 2006

Sigrid Hunke. Allahs Sonne über dem Abendland. Unser Arabisches Erbe. Fischer 1991

Bahman Nirumand. Iran – Die Drohende Katastrophe. Kiepenheuer und Witsch 2006

Helmut Schmid, Die Zeit Nr. 11, 8. März 2007 S. 3. Neuer Kalter Krieg? Amerika geh mit gutem Beispiel voran. Atomare Aufrüstung und Raketenabwehr: Die welt steht vor einem bedrohlichen Wettlauf.